



Die Krisenpflege war zuletzt so überlastet, dass Mitarbeiter\*innen selbst als Pflegeeltern eingesprungen sind. Das zeigt deutlich die Überforderung des Systems.

## Nur klare politische Entscheidungen schützen Kinder

Ohne sofortige politische Unterstützung und verbindliche Entscheidungen kann Kinderschutz nicht mehr in angemessenem Maß gewährleistet werden.

Die aktuelle Situation in der Kinder- und Jugendhilfe ist längst kein Ausnahmezustand mehr, sondern trauriger Alltag. Jetzt braucht es klare politische Entscheidungen – für Kinder, Jugendliche und ihre Familien und vor allem für die Mitarbeiter\*innen, die den gesetzlichen Kinderschutzauftrag tagtäglich unter zunehmend prekären Bedingungen wahrnehmen.

Seit der vorangegangenen teamwork-Ausgabe (4/25) und dem Artikel „System am Limit – Weckruf aus der Kinder- und Jugendhilfe“ hat sich die Belastungssituation weiter zugespitzt.

**Als Krisenpflegeeltern eingesprungen**  
Kürzlich war die Krisenpflege so am Limit, dass Mitarbeiter\*innen der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen einer Ad-hoc-Krisenpflege selbst

als Krisenpflegeeltern eingesprungen sind, um die Versorgung von Kindern sicherzustellen. Dass Fachkräfte ihre professionelle Rolle verlassen müssen, um Systemlücken zu schließen, ist ein alarmierendes Signal für ein strukturell überfordertes System.

Die Anfang Dezember erlassene Dienstanweisung des Abteilungsleiters birgt das Risiko, dass akut gefährdete Kinder wegen Kapazitätsmangels keinen geeigneten Platz erhalten. Als Personalvertretung äußern wir erhebliche Bedenken hinsichtlich Verantwortung, rechtlicher Absicherung sowie der fachlichen und psychischen Belastung der Kolleg\*innen.

Hinzu kommen stetig steigende Fallzahlen bzw. komplexere Fallgeschichten in den

Krisenzentren stehen unter enormem Druck: Hohe psychische Belastung bei Sozialpädagog\*innen führt zu Krankenständen und sogar Schließungen.



Regionalstellen, im Fachbereich Adoptiv- und Pflegekinder sowie in den Rechtsvertretungen. Die Kolleg\*innen arbeiten vielfach am Limit – und darüber hinaus. Die Situation gefährdet nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern zunehmend auch die Qualität und Sicherheit des Kinderschutzes.

### Schöne Worte ersetzen keine Fachkräfte

Wenn sich die zuständige NEOS-Stadträtin im Wiener Landtag für dringliche Anfragen bedankt und dabei auf wachsende Fallzahlen oder hohe Personalfuktuation verweist, mag das politisch korrekt sein – für die tägliche sozialpädagogische Arbeit leistet es jedoch keinerlei Unterstützung.

Wer bei dauerhaft über 100 Prozent Auslastung von Stabilität spricht, verkennet bewusst die Realität. Statistiken trösten kein Kind, entlasten keine Teams und schaffen keine Betreuungssicherheit. Ein dauerhaft ausgelastetes System widerspricht fachlichen Standards und verletzt den gesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung einer Kindeswohlorientierten Betreuung. Professionelle Sozialpädagogik braucht verlässliche personelle und strukturelle Rahmenbedingungen.

### Dauerbelastung inakzeptabel

Die Unterbringung vulnerabler Kinder in Krisenzentren ist keine Kulanz, sondern eine gesetzliche Pflicht. Die Krisenzentren sind weiterhin durch überhöhte Kinderzahlen erheblich belastet. Die psychische Beanspruchung und Dauerbelastung bei Sozialpädagog\*innen führt zu Krankenständen und mündete kürzlich in der Schließung eines gesamten Krisenzentrums – ein fachlich und verantwortungspolitisch inakzeptabler Zustand. Gleichzeitig explodieren Überstunden im Turnus- und Wechseldienst, EU-Höchstarbeitszeiten werden systematisch überschritten. Wien wächst, die Krisen- und Folgeplätze wachsen aber nicht.

Präventive Maßnahmen sind wichtig und richtig, führen jedoch dazu, dass jene Kinder und Jugendlichen, die letztlich in Krisen- oder stationäre Einrichtungen untergebracht werden, hochkomplexe Multiproblemlagen aufweisen. Der daraus resultierende deutlich erhöhte pädagogische Betreuungsaufwand beginnt im Krisenzentrum und setzt sich in der stationären Unterbringung fort – ohne, dass

die dafür notwendigen personellen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen wurden.

### Unsere konkreten Forderungen an die Politik:

- ein sofortiger wienweiter Ausbau der intensiven ambulanten Krisenarbeit
- die umgehende Freigabe der bereits verhandelten zwölf Dienstposten für die Soziale Arbeit
- die sofortige Freigabe der zugesagten 60 Dienstposten für Sozialpädagog\*innen
- die Etablierung der professionellen Pflegeelternschaft
- die Schaffung von vier Dienstposten im Fachbereich Adoptiv- und Pflegekinder
- drei zusätzliche Springer\*innenposten für die Rechtsvertretung
- die sofortige Schaffung von fünf Kleinkinder-Krisenzentren
- ein massiver Ausbau stationärer sozialtherapeutischer und sozialpsychiatrischer Folgeplätze

### Klare Fragen – klare Verantwortung

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und zuständige Stadträtin!

- Wann wird das dringend notwendige Dienstpostenpaket beschlossen und umgesetzt?
- Warum gab es seit dem letzten teamwork-Artikel keine Verbesserungen, keine Rückmeldung und keine Reaktion?
- Wann stehen ausreichend Krisen- und Folgeplätze zur Verfügung, damit Kinder nicht länger in überlasteten Strukturen verbleiben müssen?

Als Gewerkschaft fordern wir Sie ausdrücklich auf, diese notwendigen Entscheidungen zu treffen und Ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. Kinderschutz duldet keinen Aufschub. **Kinder brauchen Zeit! Personal braucht Entlastung! Was wir nicht brauchen, sind Ausreden!** ○

stefan.rudolph@wien.gv.at  
andreas.walter@wien.gv.at  
astrid.winkler@wien.gv.at



**Stefan Rudolph**  
Vorsitzender DA 129, Wiener Kinder- und Jugendhilfe, WKJH-S, WKJH-R, FAMZ, Fachbereich Pflegekinder, SKT, IAK + zugehörige Kanzleien



**Andreas Walter**  
Vorsitzender DA 116, Sozialpädagogische Regionen



**Astrid Winkler**  
Vorsitzender-Stellvertreterin DA 116, Sozialpädagogische Regionen